

EU-Nachrichten

KURZ & KNAPP

Galileo-Malwettbewerb: 3
Ein Name für den Satelliten

EuGH-Urteil: 3
Kein Zwangsruhestand ab 60 für Piloten der Lufthansa

IM FOKUS

Umweltstrategie: 4
Kommission schlägt Wege zu „grünem Wachstum“ vor

Schengen-Reform: 6
Freie Fahrt an den Grenzen

HAUSHALTSDISZIPLIN

Einigung auf strengere Kontrollregeln

Das Europäische Parlament und die EU-Staaten haben sich auf eine striktere Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung geeinigt. Das Europaparlament konnte in den Verhandlungen durchsetzen, dass die Kompromisstexte näher an den Vorschlägen der EU-Kommission liegen, als von den Mitgliedstaaten gewünscht.

Deren politischer Spielraum beim Aufhalten oder Abschwächen von EU-Verfahren wegen Haushaltsdefiziten wird künftig geringer. Eine Neuerung ist, dass auch Sanktionen für Staaten möglich sind, deren Leistungsbilanzen zu hohe Defizite oder Überschüsse ausweisen. Das Gesetzespaket muss noch formal von Parlament und Ministerrat gebilligt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleaseAction.do?reference=MEMO/11/621&format=HTML&aged=0&language=EN&uiLanguage=en>



Griechenland baut zur Stabilisierung der Wirtschaft auf seine EU-Partner

Stabilisierung Griechenlands

EU hilft die Wirtschaft anzukurbeln

Alle Versuche, die griechischen Staatsfinanzen zu stabilisieren, sind langfristig vergeblich, wenn die Wirtschaft des überschuldeten Landes nicht wieder in Gang kommt. Deshalb beteiligt sich die EU-Kommission nicht nur daran, die Einhaltung des griechischen Spar- und Reformprogramms zu überwachen, sondern auch an der Ankurbelung der Konjunktur. Um die Griechen beim Aufbau einer effizienteren Verwaltung, der Schaffung von Arbeitsplätzen und bei der besseren Nutzung von EU-Fördergeldern zu unterstützen, hat jetzt eine „EU-Taskforce“ unter Leitung des Deutschen Horst Reichenbach ihre Arbeit aufgenommen. „Ich möchte ihnen gern eine Erfolgsperspektive bringen“, sagte Reichenbach, der zuvor Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung war, bei seinem ersten Besuch in Athen.

Dass der Erfolg Griechenlands im ureigenen Interesse der gesamten EU ist, hat Kommissionspräsident José Manuel Barroso bei einer Rede im Europäischen Parlament noch einmal eindringlich klargemacht. Die Stabilisierung der Euro-Zone sei die „ernsthafte Herausforderung dieser Generation“, sagte er.

„Wir stehen in einem Kampf um Arbeitsplätze und Wohlstand von Familien in allen Mitgliedstaaten. Dies ist auch ein Kampf um die wirtschaftliche und politische Zukunft

Europas.“ Die EU müsse die Finanzmärkte überzeugen, dass sie die Schuldenkrise lösen kann, etwa indem sie die Beschlüsse des Euro-Sondergipfels vom 21. Juli zur Hilfe für Griechenland und alle anderen Euro-Länder in Schwierigkeiten in die Tat umsetze. Und um die Wirtschaft aller Mitglieder wieder auf Kurs zu bringen, „ist Wachstum der Schlüssel“. Die Kommission habe mit der Strategie „Europa 2020“ mögliche Wege dazu vorgezeichnet, sagte Barroso.

(Artikel weiterlesen auf Seite 2)

(Fortsetzung)

Griechenland soll besondere Hilfe erhalten, um die Konjunktur anzukurbeln. Die Kommission möchte den Zugang des Landes zu den rund 20 Milliarden Euro erleichtern, die zwischen 2007 und 2013 in den EU-Strukturfonds ohnehin für Griechenland bereit stehen. Davon sind bisher etwa fünf Milliarden Euro in Anspruch genommen. Allerdings kann Athen praktisch kein weiteres Geld abrufen, weil die Mittel fehlen, um den vorgeschriebenen Eigenanteil der Projektfinanzierung aufzubringen.

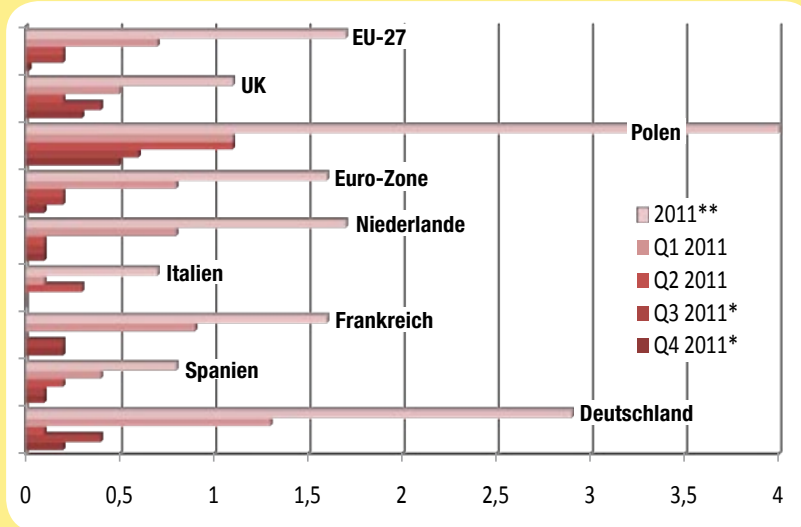
Der griechische Ko-Finanzierungsanteil soll deshalb auf fünf Prozent gesenkt werden. Wenn Europaparlament und EU-Staaten zustimmen, kann Athen zudem eine Milliarde Euro vorab erhalten, speziell zur Ko-Finanzierung von EU-Projekten, sagte Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik, nach einem Seminar mit griechischen Ministern und Regionalvertretern. Dabei wurde eine Liste von 100 Projekten aufgestellt, die rasch in Angriff genommen werden könnten. „Wir alle wissen, dass Griechenland sehr schnell gute Investitionen benötigt“, sagte Hahn. Auf der Liste stehen etwa der Bau von Straßen, Energie- und Telekommunikationsleitungen oder Förderprojekte für kleine Unternehmen, die schnell neue Jobs schaffen könnten.

Reichenbachs Taskforce soll ebenfalls helfen, Investoren nach Griechenland zu bringen und außerdem die griechische Verwaltung fit zu machen. Ziele sind u.a., Steuern effektiver einzuziehen, Kataster zu führen oder das Gesundheitswesen zu reformieren. „Wir sind hier, um zu helfen, nicht um zu kontrollieren“, betonte Reichenbach.

Für die Kontrolle, welche Fortschritte Athen bei den versprochenen Reformen macht, ist die so genannte Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds zuständig. Die will in der kommenden Woche erneut nach Athen reisen. Wenn Griechenland im Plan liegt, kann es die nächsten Finanzhilfen von rund acht Milliarden Euro erhalten. (frh)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/625&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KONJUNKTURPROGNOSE DER EU-KOMMISSION



Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in Prozent im Vergleich zum Vorquartal bzw. Vorjahr

* Prognose

**Zwischenprognose vom September 2011

Abschwächung, aber keine Rezession

Die Aussichten für die europäische Wirtschaft haben sich verschlechtert, weil sich die Staatsschuldenkrise verschlimmert hat und durch die Turbulenzen an den Finanzmärkten auch die Realwirtschaft belastet wird. Um einen halben Prozentpunkt hat die EU-Kommission ihre Konjunkturprognose für EU und Euro-Zone deshalb gesenkt. Zwischen Oktober und Dezember wird das Wirtschaftswachstum der Euro-Zone mit 0,1 Prozent wohl zum Erliegen kommen. Einen erneuten Rückfall in die Rezession erwartet die Kommission aber nicht.

„Um den Erholungsprozess wieder in Gang zu setzen, kommt es wesentlich darauf an, die Finanzstabilität zu erhalten und die öffentlichen Haushalte auf einen Pfad zu führen, dessen dauerhafte Tragfähigkeit außer Frage steht“, sagte Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn. „Wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung“ sei das Schlüsselwort. Die Länder mit den größten Schwierigkeiten wie Griechenland, Portugal, Irland, Italien oder Spanien müssten die geplanten Reformen „rigoros“ verwirklichen, damit an den Finanzmärkten das Vertrauen in die europäische Wirtschaft zurückkehre, sagte Rehn. Denn die Kommission sieht in ihrer Wirtschaftsanalyse Belege dafür, dass die Volkswirtschaften in der EU sehr stark verflochten sind: Die Wachstumsaussichten der sieben wirtschaftsstärksten Länder hätten sich alle verschlechtert, nicht nur die der Länder mit den größten Problemen.

Das betrifft auch Deutschland, wo das Wachstum im vierten Quartal auf 0,2 Prozent sinken soll. Auf das ganze Jahr gerechnet erwartet die Kommission in Deutschland mit 2,9 Prozent aber sogar noch einen stärkeren Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts als in früheren Schätzungen. Und diese Wachstumsrate liegt deutlich höher als die für die Euro-Zone erwarteten 1,6 Prozent.

Positiv für die Verbraucher ist an den schlechteren Wirtschaftsaussichten, dass dadurch auch die Preise weniger stark steigen dürften. Die Kommission erwartet zum Jahresende einen Rückgang der Inflationsrate auf 2,2 Prozent in der Euro-Zone.

http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/eu_economic_situation/2011-09-interim_forecast_en.htm

Malwettbewerb:

Kinder geben Galileo-Satelliten einen Namen

Man muss kein Sternenforscher sein oder einen Kometen entdecken, um sich im Weltall verewigen zu dürfen. Spaß am Malen und kreative Ideen reichen vielleicht auch. Dann könnte es sein, dass einer der Satelliten des europäischen Satellitennavigationsystems Galileo bald den eigenen Namen trägt. Denn aus jedem der 27 EU-Mitgliedstaaten darf der Gewinner eines Kinder-Raumfahrt-Malwettbewerbs einen der Satelliten taufen. Ende Oktober sollen bereits die Satelliten „Thijs“ (Belgien) und „Natalia“ (Bulgarien) ins All starten. Auch in Deutschland ist der von der EU-Kommission veranstaltete Wettbewerb jetzt eröffnet. Einsendeschluss ist am 15. November.

Mitmachen können alle Kinder, die in Deutschland leben und in den Jahren 2000 bis 2002 geboren sind – den Jahren, in denen das Galileo-Programm startete. Das fertige Bild muss eingescannt oder mit einer Digitalkamera fotografiert und im Internet

hochgeladen werden. Eine Jury, zu der auch der Astronaut Reinhold Ewald (im Bild rechts) gehört, entscheidet dann, wer den „deutschen“ Satelliten taufen darf. „Durch diesen wahrhaft europäischen Wettbewerb können sich die Kinder mit dem spannenden Thema Weltall beschäftigen – und sie erfahren etwas über Galileo,“ sagte Matthias Petschke, Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland (im Bild links).

www.galileocontest.eu/de/competition



EuGH-Urteil zur Lufthansa: Zwangsruhestand für Piloten mit 60 Jahren unzulässig

Die Deutsche Lufthansa darf ihre Piloten nicht zwingen, mit 60 Jahren in den Ruhestand zu gehen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat eine entsprechende Vorgabe im Tarifvertrag der Lufthansa verworfen und darauf verwiesen, dass nach internationalen und deutschen Bestimmungen die Altersgrenze für Piloten bei 65 Jahren liege. Die darüber hinausgehende Regelung der Lufthansa sei unverhältnismäßig und stelle eine nach EU-Recht nicht zulässige Diskriminierung wegen des Alters dar, heißt es in dem Urteil.



Die Richter hielten fest, dass eine Altersgrenze für Piloten grundsätzlich zulässig sei, um die Sicherheit im Flugverkehr zu garantieren. Eine Ungleichbehandlung wegen des Alters dürfe es aber nur unter sehr begrenzten Bedingungen geben. Das sei in den internationalen und deutschen Regelungen vorgegeben, nach denen Piloten zwischen 60 und 65 wei-

terhin im Cockpit sitzen können, wenn die Besatzungskollegen jünger als 60 sind, so der EuGH. Geklagt hatten drei Flugkapitäne der Lufthansa. (Aktenzeichen: C-447/09)

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/

Cyberkriminalität I: Kinder sollen im Web und am Computer besser geschützt werden

Der Schutz von Kindern vor brutalen Computer- und Videospielen oder vor Internetseiten mit anstößigen Inhalten muss nach Ansicht der EU-Kommission noch verbessert werden. Die Mitgliedstaaten tun derzeit nicht genug, um die bestehenden EU-Empfehlungen zum Schutz Minderjähriger umzusetzen oder verfolgen unterschiedliche Konzepte, heißt es in einem Kommissionsbericht. So gebe es etwa je nach EU-Staat unterschiedliche Alterseinstufungen von Medieninhalten, und es würden verschiedene Techniken verwendet, um Kinder von nicht für sie bestimmten Spielen und Webseiten fernzuhalten.

Bis 2013 sollen die Mitgliedstaaten Hotlines zur Meldung schädlicher Inhalte einrichten. Die zuständige EU-Kommissarin Neelie Kroes kündigte an, vor Jahresende eine Strategie zur Schulung und zum Schutz von Kindern

beim Umgang mit neuen Technologien vorzulegen.

http://ec.europa.eu/avpolicy/reg/minors/rec/2011_report/index_de.htm

Cyberkriminalität II: EU-Agentur gibt Tipps zum Schutz von Smartphones

Nicht nur Computer sind heutzutage Ziel von Kriminellen, die durch Viren, Trojaner oder Hackerattacken versuchen, an vertrauliche Daten zu kommen. Auch die multifunktionalen, leistungsstarken Mobiltelefone ziehen Cyberkriminelle an, heißt es in einem Bericht der EU-Agentur für Cybersicherheit ENISA. Einfallstor für den Angriff auf das Smartphone sind danach häufig die beliebten Applikationen („Apps“), die jährlich millionenfach über das Internet verkauft werden.

Laut ENISA wurden in diesem Jahr schon viele schädliche Apps entdeckt. Damit „können Angreifer ohne Weiteres auf den immensen Vorrat an privaten Daten zugreifen, der auf Smartphones zu finden ist“, etwa auf vertrauliche E-Mails, warnt die EU-Agentur. Sie hat für die App-Store-Betreiber Empfehlungen zusammengestellt, wie diese ihre Kunden vor Kriminellen schützen können.

www.enisa.europa.eu/media/enisa-auf-deutsch/#section-0

Umgang mit Ressourcen

Kommission schlägt Wege zu „grünem Wachstum“ vor

Verbraucher und Industrie dürfen nach Auffassung der EU-Kommission mit Rohstoffen, Energie oder Wasser nicht länger so verschwenderisch umgehen wie bisher. Der federführende Umweltkommissar Janez Potočnik hat deshalb eine langfristige Strategie mit dem Ziel vorgestellt, bis 2050 in der EU ein ressourceneffizientes Wachstum zu erreichen. Verbindliche Vorgaben sind darin erst einmal nicht vorgesehen. Wichtig sei zunächst, dass sich die Mitgliedstaaten verpflichten, die Wirtschaft entsprechend umzubauen, und auch bei der Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik das Ziel einer nachhaltigen Ressourcennutzung im Auge behalten, sagte Potočnik.

Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach natürlichen Ressourcen „haben wir keine andere Wahl als unsere Produktionsweise und unseren Konsum zu überdenken und grundsätzlich zu ändern“, so der Umweltkommissar. Von den 16 Tonnen Material, das jeder EU-Bürger heute im Laufe eines Jahres verbraucht, wanderten 6 Tonnen in den Abfall, und davon landete die Hälfte auf der Deponie. Um dies zu ändern sei „reduzieren, wiederverwenden, recyceln, ersetzen und aufheben“ nötig. Das Wasserleitungssystem müsse modernisiert werden, damit nicht länger 20 bis 40 Prozent des Trinkwassers verschwendet würden.

Preise sollen wahre Kosten spiegeln

„Ökodesign“ von möglichst vielen Produkten und Ökolabel sollen die Verbraucher zu nachhaltigerem Konsumverhalten motivieren. Die öffentliche Hand soll bei der Vergabe von Aufträgen ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen besonders berücksichtigen. Beihilfen für umweltschädigende Industrieprodukte will die Kommission abschaffen. Die Besteuerung soll anstelle des Faktors Arbeit künftig stärker die Umweltfolgen berücksichtigen. Die Kommission empfiehlt auch, die Preise für die Ressourcen so anzupassen, dass sie die wahren Kosten ihres Verbrauchs widerspiegeln. Eine Verständigung der Mitgliedstaaten auf



Bis zu 40 Prozent Wasser gehen in der EU auf dem Weg zum Verbraucher verloren

ein entsprechendes Vorgehen strebt die Kommission bis 2013 an.

Drei Wirtschaftszweige hat die Kommission besonders im Blick, da sie für 70 bis 80 Prozent aller Umweltbelastungen verantwortlich seien: Die Lebensmittelbranche, die Bauwirtschaft und den Verkehr. Durch neue Konstruktionsmethoden etwa könnten der Energieverbrauch in der EU um 42 Prozent gesenkt, über die Hälfte aller verwendeten Materialien und viel Wasser eingespart sowie der CO₂-Ausstoß um 35 Prozent reduziert werden.

Der deutsche Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßte die Strategie der Kommission, wies aber darauf hin, dass die Probleme von Land zu Land verschieden und deswegen individuelle Lösungen gefragt seien. „Das ehrgeizige Ziel, Ressourcenverbrauch und Wachstum zu entkoppeln, ist nur zu erreichen, wenn die strukturellen, klimatischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in den Regionen beachtet werden“, sagte VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck.

Während beispielsweise eine effizientere Nutzung der Wasserressourcen in heißen und trockenen Gegenden Europas dringend erforderlich sei, würde im regenreichen Deutschland weiteres

Wassersparen zu erheblichen technischen und hygienischen Problemen in den Leitungen führen. Schon heute liege der Wasserverbrauch pro Einwohner in Deutschland europaweit im unteren Drittel.

Deutschland Nummer 1 bei Abfallrecycling

Anders sieht es dem Verband zufolge beim Abfallaufkommen aus. Pro Jahr verursacht ein deutscher Bürger im Schnitt demnach 587 Kilogramm Haushaltsabfälle – 148 Kilogramm mehr als ein Slowene. Beim Recycling belegt Deutschland jedoch mit 64 Prozent den Spitzenplatz. Im europäischen Mittel würden nur 40 Prozent recycelt.

Der SPD-Europaabgeordnete Jo Leinen, Vorsitzender des Umweltausschusses im Europäischen Parlament, verlangte, es dürfe keine Zeit verloren werden, „um die Meilensteine für ein ressourcenschonendes Wirtschaften in konkrete Maßnahmen und Ziele umzusetzen“. Auch Reinhard Bütikofer von der Fraktion der Grünen im Europaparlament sagte, wichtigstes Ziel sei es nun, vorrangige Gesetzesinitiativen zu erarbeiten. (ste/frh)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1046&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Strategie zur Hochschulbildung

Talente der EU-Bürger sollen besser genutzt werden

Das Talent vieler Bürgerinnen und Bürger in der EU wird nicht ausreichend für die Wirtschaft genutzt. Zu dieser Schlussfolgerung ist die EU-Kommission gekommen, nachdem sie die Berufs- und Hochschulbildung in den Mitgliedstaaten unter die Lupe genommen hat. Diese sollten dafür sorgen, dass mehr Menschen aus allen Gesellschaftsschichten studieren, die Qualität der Lehre steigt und die Lehrpläne mehr die Bedürfnisse der Arbeitswelt berücksichtigen, empfiehlt die Kommission in einer Strategie zur Reform der Hochschulbildung. Denn Europas Wettbewerber auf den Weltmärkten, vor allem aufstrebende Länder wie Indien oder China, investieren immer mehr in ihre Hochschulbildung.

„Hochschulbildung ist eine starke Antriebskraft für das Wirtschaftswachstum. Sie öffnet das Tor zu besseren Lebensbedingungen und bringt Chancen und Möglichkeiten für die Menschen mit sich“, sagte Androulla Vassiliou, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend. Bildung und Ausbildung sind deshalb ein wesentlicher Teil der EU-Wachstumsstrategie „Europa 2020“. Darin haben sich die Mitgliedstaaten unter anderem das Ziel gesetzt, den Anteil der jungen Menschen mit Hochschulabschluss von heute 33,6 Prozent auf 40 Prozent im Jahr 2020 zu steigern und die Zahl der Hochschulabreicher zu senken.

Die Zahl der Studierenden an den schätzungsweise 4.000 Hochschulen in der EU sei in den vergangenen Jahren schon um etwa ein Viertel pro Jahr auf mehr als 19 Millionen gestiegen, so Vassiliou. Finanzierung, Verwaltung und Lehrpläne könnten mit der Entwicklung jedoch häufig nicht Schritt halten. Die Hochschulen seien derzeit insgesamt nicht leistungsfähig genug, genügend Menschen in Europa diejenigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die am Arbeitsmarkt gefragt seien.

Die Kommission empfiehlt den Mitgliedstaaten, breiteren Gesellschaftsschichten als bisher den Zugang zu

den Hochschulen zu ermöglichen, auch weil die „traditionelle Zielgruppe“ der 18- bis 34-Jährigen deutlich kleiner werde.

Auf EU-Ebene plant die Kommission u.a. folgende Aktivitäten, um zur Erreichung der Bildungsziele beizutragen:

- Bis 2013 soll es ein Informationssystem und Ranking über EU-Hochschulen geben, das Studierenden das Finden der richtigen Universität erleichtert. Beim Ranking soll auch die Qualität der Lehre (nicht nur der Forschung) eine Rolle spielen.
- Ein mit rund 100 Millionen Euro jährlich dotiertes Garantiesystem für Studienkredite soll komplette Masterstudiengänge im Ausland erleichtern
- Bis 2014 soll ein einziges Förderprogramm für Bildung, Ausbildung und Jugend deutlich mehr Praktika und Studienaufenthalte im Ausland ermöglichen.
- EU-weite Qualitätsstandards für Praktika sollen erarbeitet werden.
- Die Anerkennung von Studienleistungen im EU-Ausland soll vereinfacht und verbessert werden.

Zur besseren Finanzierung von Hochschulen und Austauschprogrammen hat die Kommission für die Jahre 2014 bis 2020 eine deutliche Erhöhung der EU-Budgets für allgemeine und berufliche Bildung (plus 73 Prozent) und Forschung (plus 46 Prozent) vorgeschlagen.



Für immer mehr Jobs wird in Zukunft ein Hochschulabschluss nötig sein

Mehr Geld für Bildung und Forschung sei schon einmal ein „guter Aufschlag“ der Kommission, sagte Siegbert Wuttig, Leiter der nationalen Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Schließlich seien etwa die Austauschprogramme für Studierende wie „Erasmus“ doch „eine echte Erfolgsgeschichte der EU“.

Mit den Kreditgarantien für Masterstudenten werde „eine Lücke geschlossen“, findet Wuttig. Dadurch könnten Studierende nicht nur ein Jahr (wie bei Erasmus) sondern zum Teil zwei Jahre im Ausland bleiben und dort auch einen Abschluss machen. In Deutschland könnten Masterstudenten bereits heute über BAföG oder Kredite der Förderbank KfW unterstützt werden, aber in anderen EU-Ländern gebe es weniger Möglichkeiten. „Deutschland ist, was die Mobilitätsförderung angeht, hervorragend aufgestellt“, sagte Wuttig. (frh)

http://ec.europa.eu/education/higher-education/doc/com0911_en.pdf

Freies Reisen im Schengen-Raum

Einseitige Einschränkungen unerwünscht

In welchen Fällen EU-Staaten die im Schengen-Raum abgeschafften Grenzkontrollen wieder einführen dürfen, soll klarer als bisher geregelt werden. Die EU-Kommission will dadurch unterschiedliche Interpretationen durch die Mitgliedstaaten vermeiden. Höchstens fünf Tage lang – und nicht mehr 30 Tage wie bisher – soll ein Staat etwa nach Terroranschlägen in eigener Verantwortung Kontrollen anordnen können, wenn dies zum Schutz der öffentlichen Ordnung unbedingt nötig ist.

Jede Verlängerung müsste von EU-Kommission und einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedstaaten erlaubt werden. „Durch die Stärkung der europäischen Dimension schützen wir eine der wertvollsten Errungenschaften der EU: die Freizügigkeit unserer Bürger“, sagte die für Innenpolitik zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström bei der Vorstellung ihrer Vorschläge zur Reform des Schengen-Raums.

Der Schengen-Raum

- wurde 1985 von fünf Ländern begründet
- umfasst heute 25 Staaten (alle EU-Staaten außer Großbritannien, Irland, Bulgarien, Rumänien und Zypern sowie die Nicht-EU-Staaten Island, Norwegen und die Schweiz) mit über 400 Millionen Einwohnern, die ohne Grenzkontrollen reisen dürfen
- verpflichtet die Mitgliedstaaten zu gemeinsamen Standards bei der Kontrolle der Außengrenzen und der Erteilung von Visa für Drittstaatsangehörige
- bringt eine engere Kooperation von Polizei und Justizbehörden mit sich und hat zum Aufbau einer gemeinsamen Datenbank mit Informationen über bestimmte Personengruppen und Güter geführt

Das bisherige Verfahren, bei dem ein Schengen-Staat in Notfällen für bis zu 30 Tage wieder Grenzkontrollen einführen konnte und das dann gegenüber den übrigen Schengen-Ländern rechtfertigen musste, hält Malmström für nicht mehr zeitgemäß. Mehrere Streitfälle in diesem Frühjahr hatten den letzten Anstoß zu der Reform der Schengen-Regeln gegeben. So hatte Frankreich an der Grenze zu Italien wieder Kontrollen eingeführt, weil die Regierung in Paris der Meinung war,

Italien stelle Flüchtlingen aus Nordafrika zu großzügig Reisepapiere für den Schengenraum aus. Internationale Proteste löste die Entscheidung der dänischen Regierung aus, die Grenzen zu Deutschland und Schweden wieder systematisch zu kontrollieren – angeblich zum Schutz gegen Kriminelle. Die Kommission prüft noch, ob sie deswegen ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Dänemark einleitet. Noch wisse man nicht, wie sich die neue Regierung zu den Grenzkontrollen stellen werde, sagte Malmström.

An den Gründen, aus denen befristete Kontrollen zulässig sein sollen, will die Kommission nichts ändern: Es muss eine ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geben. Die Genehmigung der Einschränkungen für die Reisenden soll aber auf europäischer Ebene abgestimmt werden:

- Kontrollen wegen vorhersehbarer Ereignisse wie großer Sportveranstaltungen, Demonstrationen oder politischer Gipfeltreffen müssen vorher bei der Kommission angemeldet werden und von dieser und den anderen EU-Staaten erlaubt werden. Zulässig sind sie dann für einen verlängerbaren Zeitraum von 30 Tagen.
- Bei Terroranschlägen oder anderen unvorhersehbaren Ereignissen dürfen die Staaten bis zu fünf Tage lang Grenzkontrollen anordnen. Jede Verlängerung muss von der Kommission und der qualifizierten Mehrheit der EU-Staaten genehmigt werden. Das könne „innerhalb von Stunden“ geschehen, sagte Malmström.
- Hat ein Staat längerfristig Probleme, seine Grenzen zu Nicht-Schengen-Ländern zu sichern – etwa gegen illegale Einwanderer –, soll ihm zunächst finanzielle und technische Hilfe (etwa durch



Staus an den Grenzen soll die Reform der Schengen-Regeln verhindern

die EU-Grenzschutzagentur Frontex) angeboten werden. Erst wenn das alles nichts nützt, sollen vorübergehend auch Kontrollen an Schengen-Binnengrenzen des betreffenden Landes möglich sein. Auch das aber nur mit EU-Erlaubnis.

- Die Kommission will Teams zu unangekündigten Kontrollen schicken, um die korrekte Anwendung aller Schengen-Regeln zu prüfen.

Die Kommissionsvorschläge können nur Gesetz werden, wenn das Europaparlament und die EU-Staaten zustimmen. Deutsche Europaabgeordnete von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen signalisierten bereits Unterstützung. Einige EU-Staaten wie Frankreich und Spanien zeigten sich zunächst skeptisch. Malmström sagte, sie freue sich darauf, Zweifler zu überzeugen. Die erste Gelegenheit hat sie an diesem Donnerstag (22.9.) im Rat der EU-Innenminister. (frh)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1036&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Datum	Thema	Ort	Kontakt
23.–25.09.2011	Messe „You Berlin 2011“ – Europas größte Jugendmesse Veranstalter: Messe Berlin	Messegelände Berlin Messedamm 22 14055 Berlin	www.you.de
29.09.2011 11.00–12.30 Uhr	Thüringer Unternehmer- und Bürgertag „Scheitert der Euro – scheitert Europa“ Veranstalter: Europäisches Informations-Zentrum	Barocksaal der Thüringer Staatskanzlei Regierungsstraße 73 99084 Erfurt	eiz@tsk.thueringen.de
29.09.2011 16.30 Uhr	Diskussionsforum „Werkhallentalks – arbeiten im vereinten Europa“ Veranstalter: Aktion Europa, in Kooperation mit Deere & Company	John Deere Forum John-Deere-Straße 70 68163 Mannheim	www.werkhallentalks.de
29.09.2011 18.30 Uhr	Vortrag mit anschl. Podiumsdiskussion „Die EU-Außenhandelspolitik – Motor oder Bremse für die globale Entwicklung?“ Veranstalter: Europe Direct Karlsruhe	Regierungspräsidium Karlsruhe Meidinger-Saal Karl-Friedrich-Straße 17 76133 Karlsruhe	www.europedirect-karlsruhe.de
29.09.2011 19.00–20.30 Uhr	Podiumsdiskussion „Polen und Großbritannien. Kein Euro – keine Probleme?“ Veranstalter: Europa-Union Bonn/Rhein-Sieg, Regionale Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn	Regionale Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 53111 Bonn	www.eu-bonn.de/index.asp?cmsseiteid=18432
29.09.2011 19.45 Uhr	Bürgerforum „Europa für Baden-Württemberg“ – Bürger diskutieren mit Europaabgeordneten. Veranstalter: Informationsbüro des EP in München, Landratsamt Rems-Murr-Kreis, Stadt Weinstadt, Europa-Union Kreisverband Rems-Murr	Jahnhalle Endersbach Jahnstraße 2 71384 Weinstadt	epmuenchen@europarl.europa.eu
30.09.2011 15.00 Uhr	„Europa in Berlin“/Diskussion „Was tut die Europäische Union für die Stadt?“ Veranstalter: Open-Air-Ausstellung der Gedenkstätte Berliner Mauer	Gedenkstätte Berliner Mauer Bernauer Straße 111 13355 Berlin	www.europavorort.de/europa-vor-ort/stationen/berlin-1
01.–03.10.2011 19.40 Uhr	Deutschlandfest 2011 in Bonn „Ein Europastern beim Deutschlandfest“ – der EU-Informationspavillon beim NRW-Fest und zum Tag der Deutschen Einheit Veranstalter: Land NRW, Stadt Bonn und Regionale Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn	Internationale Meile beim Deutschlandfest Heussallee 53113 Bonn	www.eu-bonn.de/index.asp?cmsseiteid=18432
06.10.2011 18.00 Uhr	Informationsveranstaltung „Wie groß darf die EU werden?“ Veranstalter: Europe DIRECT Europäisches Informationszentrum	Regierungspräsidium Darmstadt Luisenplatz 2 64283 Darmstadt	eu-infozentrum@rpda.hessen.de
08.10.2011 10.30–13.00 Uhr	Symposium und Podiumsdiskussion „Bildung im Rahmen der EU-Wachstumsstrategie „Europa 2020““ Veranstalter: Europa-Union Deutschland Europäische Bewegung NRW und Regionale Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn	Schloss Morsbroich Gustav-Heinemann-Straße 80 51375 Leverkusen	www.eu-bonn.de/index.asp?cmsseiteid=18432

Impressum

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Vertretung in München:

Erhardtstraße 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Carsten Lietz, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Vera Schrader, Armin Kalbfleisch, Christian Baumgart
Dow Jones News GmbH • Baseler Arkaden • Wilhelm-Leuschner-Straße 78
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@dowjones.com

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Europäischer Tag der Sprachen: Grundschüler sollen in „Sprachenbäder“ hüpfen

SPRACHENBAD



Planschen in der Fremdsprache: In 20 Berliner Bezirksbibliotheken sowie in der Zentral- und Landesbibliothek sollen „Sprachenbäder“ bei Grundschulern Spaß und Interesse am Lernen neuer Sprachen wecken. Dabei handelt es sich um Minisprachkurse, die zum 10. Europäischen Tag der Sprachen am 26. September angeboten werden. In der Zentral- und Landesbibliothek stehen zum Beispiel Maltesisch und Griechisch auf dem Programm.

Den Abschluss des Tages bildet eine Podiumsdiskussion „Spracherwerb und gelungene Integration“ im Europäischen Haus (Unter den Linden 78, 10117 Berlin). Eine Portugiesisch-Übersetzerin, ein griechischer Rundfunkjournalist, ein belgischer Künstler und eine französische Journalistin diskutieren darüber, wie sie ihre eigene Sprache und Kultur in die deutsche Gesellschaft einbringen können. Anmeldungen sind bis zum 23. September unter dieser Adresse möglich:

http://ec.europa.eu/deutschland/termine/20110926_sprachentag_de.htm

Zukunftskongress in Berlin: Jugendliche beschreiben ihre Visionen für 2020

In welchem Europa junge Menschen in neun Jahren leben wollen, können sie den Politikern am besten selbst erklären. Eine Gelegenheit dazu bietet der Zukunftskongress „Chance Europa 2020 – Jugend und Politik im Dialog“, der vom 5. bis 8. Dezember im gemeinnützigen Kinder-, Jugend- und Familienzentrum FEZ in Berlin stattfindet. Kernfragen des Kongresses sollen die künftige politische Beteiligung junger Menschen, der Einstieg ins Berufsleben, soziales Engagement und Freiwilligentätigkeit sowie die zukunftsfähige Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen sein. Die Ergebnisse der Diskussionen werden veröffentlicht und Europapolitikern vorgestellt.

Außerdem können die Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren unter Anleitung von Profis eine Radiosendung machen, in der sie über ihre Erwartungen für 2020 berichten. Veranstaltet wird der Kongress vom FEZ und dem Institut für prospektive Analysen e.V., gefördert wird er von der EU-Kommission und vom Auswärtigen Amt. Bewerbungen sind bis zum 8. November möglich.

www.europa-2020.de



Computerquiz: Spielend leicht durch die EU



Europa ist bunt und steckt voll Geschichte und Geschichten. Wer die entdecken will, muss keine staubigen Bücher wälzen. Eine Onlinebroschüre der EU-Kommission gibt einen Überblick über die verschiedenen Sprachen und Naturräume, über Klima und Flüsse, berühmte Europäer, wichtige Erfindungen, die auf unserem Kontinent gemacht wurden, die Geschichte der Europäischen Union und vieles mehr.

Das neue Wissen lässt sich dann gleich in einem Onlinequiz oder einem virtuellen Würfelspiel anwenden. Dort kommt am schnellsten voran, wer zum Beispiel weiß, was eine spanische Windmühle von einer niederländischen unterscheidet, wo in der EU am besten Orangen wachsen oder wie Popmusiker aus verschiedenen Ländern heißen.

<http://europa.eu/europago/explore/init.jsp?language=de>

Offene Ausschreibung: Multimediaprodukte

Die deutsche Vertretung der Europäischen Kommission veröffentlicht eine Ausschreibung mit dem Titel: „Multimedia-Touch-Anwendungen, -Produkte und -Leistungen für den Europa-Punkt, Europäischer öffentlicher Raum, in Berlin“. Die interessierten Firmen werden gebeten, die Bekanntmachung zu beachten, die unter der Internetadresse

http://ec.europa.eu/deutschland/work_study/tenders/index_de.htm

veröffentlicht wurde. Die Bieter sollten diese Webseite regelmäßig besuchen, da zusätzliche Informationen jederzeit während des Verfahrens veröffentlicht werden können. Frist für die Einreichung der Angebote ist der 17.10.2011.